

## **Die Wehrpflicht hat ausgedient**

*Stellungnahme der Kommission "Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" am IFSH*

### *Bundeswehr paradox*

Bis zum heutigen Tag beharrt die politische und militärische Führung in Deutschland auf der Beibehaltung einer antiquierten Wehrform, die die Bundeswehr als Hemmschuh bei allen Reformbemühungen mit sich herumtragen muss und die sich immer offensichtlicher als ein Grundübel der akuten Misere der deutschen Streitkräfte herausstellt. Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung weisen – im Grundsatz richtig – den Weg zu einer flexiblen und modernen Einsatzarmee, deren Struktur aber wird weiterhin maßgeblich von zwangsverpflichteten Gelegenheitssoldaten bestimmt. Alles hat sich geändert – hinsichtlich der Wehrpflicht jedoch soll alles so bleiben, wie es ist? Ein absurdes Rezept für die Bundeswehr der Zukunft.

### *Alle sicherheitspolitischen und militärischen Argumente sprechen für Freiwilligenstreitkräfte*

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Rede ist hier von "echten" Wehrpflichtigen, die derzeit neun Monate Grundwehrdienst leisten (GWDL) und für die Verwendung von Auslandseinsätzen nach übereinstimmendem Urteil nicht geeignet sind. Die häufig zu vernehmenden – nur scheinbar das Gegenteil beweisenden – Lobeshymnen beziehen sich in der Regel auf die auch im Ausland dienenden sogenannten Freiwillig Zusätzlichen Wehrdienst Leistenden (FWDL), die de facto nichts anderes als Kurz-Zeitsoldaten sind. Hier wird also – bewusst oder unbewusst – vielfach Etikettenschwindel betrieben.

Was nützen uns also Wehrpflichtige, die mit großem Aufwand ausgebildet werden, aber dann für die entscheidenden Aufgaben, nämlich Auslandseinsätze, gar nicht zur Verfügung stehen? Wer will es verantworten, unzureichend ausgebildete Grundwehrdienstleistende in riskante Einsätze zu schicken? Unsere wichtigsten Verbündeten sind nicht ohne Grund denn auch längst zu Freiwilligenstreitkräften übergegangen – haben sie etwa alle Unrecht? Und mögen sie dabei in mancherlei Hinsicht nicht nur gute Erfahrungen gemacht haben – was hindert uns daran, daraus zu lernen und es selbst besser zu machen? Im Übrigen können diese (oft aufgebauerten) Detailprobleme so gravierend auch wieder nicht sein – jedenfalls denkt keiner dieser Staaten ernsthaft daran, die Wehrpflicht wieder einzuführen.

### *Die Wehrpflicht ist teurer als man denkt*

Selbstverständlich sind die budgetären Kosten für einen einzelnen Grundwehrdienstleistenden niedriger als die für einen Zeitsoldaten; wenn man jedoch alle volkswirtschaftlichen Kosten miteinbezieht (Wehrpflichtige zahlen keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, erhalten Unterhaltsleistungen und vielfältige Vergünstigungen durch die Kommunen etc.), reduziert sich – erstens – diese Differenz beträchtlich.

Zweitens bindet die Wehrpflicht durch ihren permanenten Ausbildungs- und Verwaltungsaufwand in erheblichem Umfang selbst Personal und Ressourcen: Ineffizienz nährt Ineffizienz.

Und drittens interessieren in diesem Zusammenhang nur die insgesamt in den Streitkräften anfallenden Personalkosten – kein seriöses Modell für Freiwilligenstreitkräfte geht von einem Personalumfang von 285.000 Soldatinnen und Soldaten, wie er derzeit für die Bundeswehr vorgesehen ist, aus. Die Kommission etwa hält in ihrem Bundeswehrmodell "200F" einen Personalumfang von maximal 200.000 für völlig ausreichend.

### *Gesellschaftliche Integration – kein Argument für die Wehrpflicht*

Ein gern benutztes Argument der Wehrpflichtbefürworter liegt auf der gesellschaftspolitischen Ebene. Doch ist es – bei näherem Hinsehen – unhaltbar. Denn zu einer Überschätzung der gesellschaftspolitischen Integrationsleistung der Wehrpflichtigen besteht absolut kein Anlass: Die *allgemeine* Wehrpflicht ist in der Bundesrepublik seit vielen Jahren kaum mehr als eine Fiktion. Die heutigen deutschen Streitkräfte umfassen längst nicht mehr *alle* männlichen Bürger, unabhängig von Herkunft, Beruf und Bildung, und somit auch nicht mehr das *gesamte* Spektrum der vorhandenen Einstellungen. Die soziale Kontrolle ist damit keineswegs so wirkungsvoll wie vielfach behauptet. Die Integrationskraft der in der Bundesrepublik praktizierten Wehrpflicht darf also nicht überbewertet werden. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass, alles in allem, die Einstellungen der jüngeren Freiwilligen mit kurzer Verpflichtungszeit von den Einstellungen der derzeitigen Grundwehrdienstleistenden wohl gar nicht so weit voneinander entfernt liegen. Eine drastische Reduzierung des Berufssoldatenanteils sowie eine auf ein vertretbares Mindestmaß begrenzte Dienstzeit der übrigen Freiwilligen erscheinen überdies als ausreichende Maßnahmen zur Verhinderung unerwünschter Entfremdungsprozesse und sind daher auch die Kennzeichen seriöser alternativer Strukturmodelle, wie etwa des erwähnten, von der Kommission entwickelten Bundeswehrmodells "200F".

Doch selbst wenn man einer Wehrpflichtarmee unerreichbare Integrationsleistungen konzedieren wollte – was wie gesagt nicht der Fall ist –, so wäre zu berücksichtigen, dass in dieser Hinsicht neben der Wehrform zahlreiche weitere Variablen relevant sind, die die unterstellten Defizite einer Freiwilligenstreitkraft gegebenenfalls mehr als kompensieren könnten. Es gibt weit effizientere Wege, Streitkräfte in der Demokratie zu verankern und der Kontrolle durch eine pluralistische Gesellschaft zu unterwerfen, als das Beharren auf einer antiquierten Wehrform. Im Übrigen: Gerade dort, wo demokratische Kontrolle am notwendigsten ist, auf den Führungsebenen nämlich, waren Wehrpflichtige nie präsent.

Man könnte sogar noch einen Schritt weiter gehen und zu dem Schluss kommen, dass etwaige Pluspunkte der allgemeinen Wehrpflicht aus der gesellschaftspolitischen Perspektive nicht nur überschätzt werden, sondern dass die Nachteile dieser Wehrform alle Vorteile in der Summe sogar überwiegen. Denn in ein der Zeit angemessenes Soldatenbild, in dem etwa den Kategorien "Motivation", "Anreize" und "Eigenverantwortung" eine weit größere Bedeutung als bisher zukommt und damit dem Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" sehr viel näher kommt, fügt sich die bisher praktizierte Zwangsrekrutierung schwerlich ein. Auch in dieser Hinsicht erweist sich die Wehrpflicht also als Modernisierungshindernis.

Kurz und gut: Auch dieses *relativ* gewichtigste Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht löst sich bei objektiver Prüfung in nichts auf. Als Schreckenszenario taugt es jedenfalls nicht. Wer dennoch in diesem Zusammenhang von der Gefahr einer "Söldnermentalität" spricht, diffamiert die 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr oder weiß nicht, wovon er redet.

## *Nachwuchsgewinnung – das letzte Argument*

Es verbleibt das Argument, die Bundeswehr gewinne derzeit rund die Hälfte ihres Nachwuchses an Offizieren und Unteroffizieren aus den Reihen ihrer Wehrpflichtigen. Doch ist das nicht allzu simpel gedacht? Ist die Nachwuchslage einer Armee nicht das Resultat einer *Summe* von Faktoren, die alle mit der Einschätzung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr zu tun haben (auch im Vergleich zur zivilen Konkurrenz) – also eine Gleichung mit *vielen* Unbekannten, in die auch potentielle negative Werbeeffekte wie die mit hoher Glaubwürdigkeit ihrem sozialen Umfeld übermittelten Erlebnisberichte frustrierter Grundwehrdienstleistender mit einzubeziehen wären. Und dass es mit der Attraktivität der deutschen Streitkräfte gegenwärtig nicht zum Besten bestellt ist, zeigt sich schon daran, dass etwa die Weiterverpflichtungsneigung nach den Erfahrungen bei Auslandseinsätzen drastisch sinkt.

Dass andererseits das Potential vorhanden wäre, zeigt sich an folgender Entwicklung: Seit Ende des Jahres 2001 explodiert geradezu die Zahl der jungen Männer und Frauen, die sich für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr bewerben. Das hat zum einen mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt, weitaus mehr aber damit zu tun, dass die Bundeswehr endlich auch für die Soldatinnen und Soldaten auf der Ebene der Mannschaften und Unteroffiziere äußerst attraktive Angebote zivil verwertbarer Aus- und Weiterbildung macht. Das Hauptproblem der Bundeswehr besteht gar nicht mehr darin, dass sie nicht genügend Nachwuchs benötigter Qualität anlockt, sondern dass die Kapazitäten der Nachwuchsgewinnungsorganisation damit überfordert sind, "wehrwilliges" Personal zeit- und bedarfsgerecht in die Streitkräfte einzusteuern.

Mit anderen Worten: Es gibt etliche Stellen, an denen man ansetzen kann (ja sogar muss), um die Nachwuchslage zu verbessern – das starre Beharren auf eine antiquierte Wehrform allein genügt sicher nicht. Doch selbst *wenn* es genügen würde: Es ist völlig unverhältnismäßig, Jahr für Jahr 100.000 Mann einzuziehen, nur um einige tausend Freiwillige zu bekommen.

Um schließlich zu erkennen, wie absurd sich das Argument der Nachwuchsgewinnung im gesamtpolitischen Kontext darstellt, soll nur einmal angenommen werden, in Deutschland wäre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Anbetracht der Zerstörung von Verkehrswegen, Schulen und anderen öffentlichen Bauten eine allgemeine "Wiederaufbaupflicht" eingeführt worden, gegen deren Abschaffung sich heute, unter völlig veränderten Bedingungen, das Baugewerbe mit dem Hinweis wehren würde, die besten Fachkräfte gewänne es aus den Reihen der zwangsrekrutierten, "baupflichtigen" jungen Männer ...

## *Fazit*

Diskussionswürdige Gründe, die für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland sprechen, gibt es nicht mehr. Die im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode vereinbarte Überprüfung der Wehrform kann daher nur zu *einem* Ergebnis kommen: Die Wehrpflicht hat ausgedient.